

## **Kiss-and-ride-Zonen**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der neuen Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2020 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46) zu ersuchen, die Möglichkeiten zur Einrichtung von Kiss-and-ride-Zonen vor den öffentlichen Schulen im Bezirk zu prüfen.

### **Begründung**

Kiss-and-ride-Zonen stellen eine probate Möglichkeit dar, um das Zu- und Abfahren im Schulbereich reibungsloser zu gestalten.

Auch in Zukunft wird es neben den zu Fuß gehen, dem Radfahren bzw. Scooter fahren, auch das Auto (idealerweise mit nachhaltigen Antriebsformen) als Transportmittel für die Einwohner des Bezirks geben.

Dieses Konzept steht der Überlegung der Autofreien Straße direkt vor den Schulen nicht entgegen. Denn diese Zonen sollen in der Nähe, nicht aber zwangsläufig direkt vor der Schule ermöglicht werden, was im Einzelfall nach den lokalen Gegebenheiten zu prüfen ist.

Idealerweise wird für die Prüfung und etwaige Errichtung im Zusammenwirken mit den jeweiligen Schul-Gemeinschafts-Ausschüssen (SGA) zusammengearbeitet, um die Interessen aller involvierten Gruppen abzubilden und deren Schutz bestmöglich zu gewährleisten.

Es ermöglicht auch Berufspendlern, solange es etwa nicht ausreichend öffentliche Anbindungen ins Umland gibt, ihre Kinder Morgens zur Schule zu bringen. Diese deklarierten Zonen sorgen für ein mehr an Sicherheit, da klare Bereiche für das Absetzen der Kinder vorgesehen sind, anstatt dass sie auf offener Straße aussteigen müssen.

Aufgrund der andauernden Corona-Krise ist hat dieses Thema an neuer Brisanz gewonnen, da Schutz-/Vorsorgemaßnahmen, wie die Maskenpflicht laufend zurückgezogen werden und auch in den dafür vorgesehenen Bereichen wie U-Bahnen leider immer weniger konsequent eingehalten werden, müssen Risikogruppen u.a. Kinder, wenn sie den Schulunterricht besuchen wollen, sich entweder dem Risiko von Menschenansammlungen im öffentlichen Verkehr etc. aussetzen oder sie werden von den Eltern, die selbst auch einer Risikogruppe angehören können, zur Schule etwa mit dem Auto gebracht. Das Rad allein ist keine ganzjährige Alternative bzw. Allwetter tauglich.

Diese Verhaltensänderung von Schülern und Eltern auf dem Schulweg wurde bereits in den ersten Wochen nach Wiedereröffnung der Schulen beobachtet.

Gerade bei Kindern mit chronischen (Lungen-)Erkrankungen etc., welche sie zu einer Risikogruppe bei einer aktiven Erkrankung mit SARS Cov-2 macht, wäre die Verbesserung der Ermöglichung einer individuellen Anreise zum Schulunterricht eine große Unterstützung.

Ohne diese besteht die Möglichkeit, dass es sonst bei dieser Gruppe von Kinder vermehrt vorkommt, dass sie dem Schulunterricht fern bleiben würden. Was neben ausbildungstechnischen Nachteilen auch zu sozialer Benachteiligung und seelischen Leid führen würde.

Zusätzlich würde es auch zum Schutz von Risikogruppen im heimischen Familienverband der Schulkinder beitragen.

Bei wärmer werdenden Temperaturen scheint die Virus-Krise fast überstanden, aber im Herbst wird uns dieser Virus und seine Risiken weiterhin beschäftigen und das soweit derzeit absehbar auch noch die kommenden Jahre. Daher muss es in unser aller Interesse liegen, jetzt eine Prüfung auf den Weg zu bringen, um ggf. notwendige Anpassungen im öffentlichen Raum mit Schulbeginn bzw. Beginn der Erkältungszeit rasch umsetzen zu können.

Der Schutz von Risikogruppen muss vorausschauend geplant werden und liegt im Interesse aller Menschen im Bezirk.

Rainer Wolschner